

# Freiberger Anzeiger

## und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

Nr. 298.

Erscheint jeden Wochentag Nachmitt. 5 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Donnerstag, den 24. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere geehrten Inserenten machen wir hiermit aufmerksam, daß die am nächsten **Donnerstag Nachmittag** erscheinende

### ■ Weihnachts-Nummer ■

des „Freiberger Anzeiger“ länger als gewöhnlich ausliegt, da in Folge der drei Festtage erst Montag, den 28. Dezember, eine neue Nummer unseres Blattes erscheint. Alle für den **Sonntag bestimmten Inserate** müssen daher bis spätestens

### Donnerstag, den 24. Dezember, Vormittags 11 Uhr,

in unsern Händen sein, sofern sie noch Aufnahme in der **Weihnachts-Nummer** finden sollen. — Falls während des Festes politische wichtige Ereignisse gemeldet werden, bringen wir dieselben durch **Extrablätter** zur Kenntniß unserer geehrten Leser.

Gleichzeitig gestatten wir uns zum **Abonnement** auf das mit dem 1. Januar 1886 beginnende nächste Vierteljahr ergebenst einzuladen. Bestellungen werden zum Preise von 2 M. 25 Pf. bei allen **Postanstalten** sowie bei sämtlichen **Ausgabestellen** und der unterzeichneten **Expedition** angenommen. Wir bitten um rechtzeitige Erneuerung der Bestellungen, da wir sonst die Lieferung vollständiger Exemplare ohne Mehrkosten für die geehrten Abnehmer nicht gewährleisten können.

### Expedition des „Freiberger Anzeiger“.

#### Das italienische Parlament.

Seit Wochen erregt das Thema der Grundsteuer-Reform alle Gemüther in Italien, weil die äußerste Linke, besonders aber die Abgeordneten Süd-Italiens durchaus den alten Schandrian der Selbststeinschätzung beibehalten wollten, bei welchem System bisher die Hebelchen am schlechtesten führen. Bei dieser rein praktischen Frage verschwanden fast alle politischen Unterschiede. Nicht nur der Finanzminister Magliani und der Regierungskommissar Messadaglia sprachen für die Regierungsvorlage mit großer Wärme und Beredsamkeit, auch die Abgeordneten der Rechten, Minghetti und Bonghi verteidigten den Regierungsentwurf, was besonders dem letzteren hoch anzurechnen war, weil er aus Neapel stammt und sonst ein entschiedener Gegner des gegenwärtigen Regiments ist. Minghetti vertrat dagegen als ein in Nord-Italien ansässiger reicher Gutsbesitzer bei der Grundsteuer-Reform-Vorlage mit der Sache der Gerechtigkeit zugleich seine eigenen Interessen und diejenigen seiner Wähler. Neben den öffentlichen Verhandlungen im Sitzungssaal des Monte Citorio liefen fortwährend private Unterredungen zwischen den Parteiführern nebenher. Die um den reichen apulischen Abgeordneten Pavoncelli geschaarten Gegner der Grundsteuer-Reform, zu denen nicht nur viele Süditaliener, sondern auch einige toskanische Abgeordnete und zwar Mitglieder der Regierungsmehrheit, wie Ghirmini, Lacova und Camporeale, gehörten, widersetzten sich besonders der in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Katastervermessung und zeigten sich jedem Ausgleich abgeneigt. Man erwartete trotzdem von dem sonst sehr zu Kompromissen geneigten Ministerpräsidenten Depretis ein Entgegenkommen, sah sich aber in dieser Erwartung vollständig getäuscht. Wo aber in dieser Erwartung die Interessen im Spiele sind, lassen sich Vermittlungspläne nur schwer verwirklichen; hier galt es außerdem die neapolitanisch-sizilischen Sonderbestrebungen ein für allemal abzuweisen und Nord-Italien von den schweren Lasten eines ungerechten Steuersystems zu befreien.

Depretis hat seinen Entschluß, hierbei eine klare und runde Entscheidung für oder wider zu provozieren, nicht zu bereuen gehabt. Bei der Abstimmung darüber, ob die Kammer in die Spezialdebatte der Grundsteuer-Reform eintreten wolle, erwies sich die Zahl der Zustimmungenden (mit einem Mehr von 107 Stimmen) drei Mal größer, als man regierungsseitig vorausgesetzt hatte. Für die Spezialdebatte stimmten am 17. d. M. die Lombarden bis auf Canzi, Cabelotti, Cairoli und Marcora, dann die Venetianer, Piemontesen, Toskaner, Romagnolen, Römer, vierzehn Abgeordnete von der äußersten Linken und fünfzig Abgeordnete von der äußersten Rechten; gegen die Spezialdebatte stimmten 138 Süd-Italiener, 15 Nord-Italiener und 15 Abgeordnete von der äußersten Linken. Die Anhänger der Pentarchisten waren auf beiden Seiten zu finden; mit Mühe hatten sich wenigstens die Führer dieser Oppositionspartei, Cairoli, Crispi, Baccarini und Nicotera im letzten Augenblick noch zu einem ablehnenden Votum geeinigt. Die meisten Abgeordneten der Südprovinzen empfanden den Ausgang der Abstimmung sehr bitter in dem Vorgefühl, daß es nicht möglich sein werde, den praktischen Folgen des Gesetzentwurfes auszuweichen. Aus diesem Grunde machte sich die süditalienische Leidenschaft in der heftigsten

Weise Luft. Die Vereinerung der parlamentarischen Ausdrücke durch den Herzog von San Donato, der den Unterstaatssekretär Morana wegen seiner Abstimmung in offener Kammer ein Schwein nannte, und deshalb zur Rechtschaffheit gezo-gen wurde, ist bei einem so häßlichen Volke, wie es die Italiener sonst sind, doppelt bedeutsam. Die Grundsteuer-Reform hatte im italienischen Parlament nicht nur alle Gehege der Höflichkeit zerstört, sondern auch alle Parteiverbände gelodert, so daß die pentarchistische Opposition ganz zerfiel, das Kabinett Depretis aber, das man bereits gefährdet glaubte, aus der Feuerprobe gefestigter hervorging. Die Grundsteuer-Frage geht nun einer befriedigenden Lösung entgegen und das Ministerium dürfte freie Hand gewonnen haben, es mit der äußersten Linken bei anderen Angelegenheiten erfolgreich aufzunehmen.

Als eine solche neue Streitfrage muß die Angelegenheit der Universitäts-Reglemente des Unterrichtsministers angesehen werden, gegen welche der Wortführer der Radikalen, Mussi, vergeblich Weisungen vortragen wollte, bevor die Grundsteuer-Reform-Debatten völlig erledigt waren. Die Mehrheit der Kammer entschied sich gegen jede Unterbrechung dieser Debatten, wird aber nun doch nachträglich in Folge eines am Sonntag im Rom stattgefundenen Tumults eine Beratung der Interpellation zulassen müssen. Einige patriotische Vereine wollten dort den Jahrestag der Hinrichtung Oberdan's durch Kundgebungen feiern, welche die Behörde aus Gründen der öffentlichen Ordnung verbot. Mehrere radikale Parteiführer veranlaßten darauf eine Anzahl Studenten, eine ähnliche Kundgebung innerhalb der Universität zu veranstalten. Die Studenten fanden aber die Thore der Universität geschlossen und wurden von einigen Polizeikommissären bewogen, ruhig auseinanderzugehen. Drei Verhaftete erhielten bald darauf die Freiheit wieder; am Montag aber ließ der Rektor die Vorlesungen bis zu den Weihnachtsferien suspendieren und drohte bei der geringsten Ausschreitung mit Schließung der Universität. Weit größere Sorgen, als diese ohnmächtigen Versuche der Radikalen, macht dem Ministerium Depretis der Ausbruch der Cholera-Epidemie in Venedig, die zwar offiziell in Abrede gestellt wird, aber trotzdem fortbauert, wenn auch bisher nur vereinzelte Cholera-Todesfälle konstatiert wurden. Mit großer Spannung sieht man auch neuen Nachrichten aus Kolumbien entgegen, wo sich die freistaatliche Regierung so schroff gegen den italienischen Gesandten benahm, daß dieser seine Pässe forderte und von Bogota nach Rom zurückreiste. In Folge dieses diplomatischen Bruches sandte die italienische Regierung zum Schutze der in Kolumbien angesiedelten Italiener zwei weitere Kriegsschiffe dorthin ab, deren Führer die Weisung erhielten, bei der ersten Provokation die Feindseligkeiten zu eröffnen.

Fast scheint es, als wünsche das Ministerium Depretis die Gelegenheit zu einer großen Staatsaktion herbei, um einen frischeren Zug in die italienische Politik zu bringen und die verdichtete Atmosphäre zu klären. Der Vizepräsident Spaventa schrieb vor der Grundsteuer-Reform-Debatte an einen Freund: „Ich glaube, daß nicht die politische, sondern die administrative Richtung der Regierung meines Landes über einen Abgrund hinabgleitet, wo von allen Hoffnungen, die wir auf die Größe und Bildung des verjüngten Vaterlandes setzten, nichts übrig bliebe, als verkommene und zerfetzte Einrichtungen. Ich mag aber den vielverbreiteten

Glauben nicht bestärken, daß dieser Zustand unheilbar sei und daß jeder Versuch einer Aenderung auf eine Verschlimmerung hinauslaufe. Nichts erscheint mir verhängnisvoller, als ein solches Vorurtheil; es ist, als wollten wir sagen, daß wir in einem Sumpf stecken, ohne Hoffnung, hinauszukommen. Italien muß aber auf die eine oder andere Weise hinauskommen. Die Stimmen, die bei der Vizepräsidentenwahl sich in dem Schiffe meines Namens vereinigten, waren ein leichter Wind, der dieses todt Gewässer bewegen sollte.“ Das Lüftchen, welches das Segel Spaventas schwellte, hat freilich nicht ausgereicht, die See der italienischen Staatspolitik aufzuregen. Vielleicht erweisen sich die Ermahnungen des greisen Ministerpräsidenten Depretis bei den Grundsteuer-Reform-Debatten und eine energische auswärtige Politik des Ministers Grafen Robilant als stärkere Windstöße und kräftig genug, um das italienische Staatsschiff wieder flott zu machen.

#### Tageschau.

Freiberg, den 23. Dezember.

In seiner am 19. d. M. abgehaltenen Plenar-Sitzung genehmigte der **deutsche Bundesrath** die Gesetzentwürfe über die Zuckersteuer, über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen und über die folgenden elsass-lothringischen Angelegenheiten: das Grundeigentum und Hypothekendwesen, die Einrichtung des Grundbuchs und die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen und die Zuständigkeit der Amtsgerichte. Eine Eingabe über die Anwendung des Unfallversicherungsgesetzes auf Regiebetriebe des Staats und der Gemeinden, beschloß die Versammlung dem Reichskanzler zu überweisen. — Für das Branntwein-Monopol werden die parlamentarischen Aussichten täglich schlechter, da sich alle Organe des Zentrums dagegen erklären. Die „Germania“ bezeichnet das Monopol als ein Projekt, das aus hundert Gründen verwerflich erscheine, und der „Westfälische Merkur“ wiederholt die Versicherung, „daß der Reichstag das Branntwein-Monopol nicht annehmen wird.“ Die Bestimmtheit dieser Behauptung kann freilich nur den Sinn haben, daß das Zentrum dagegen ist. Das geht auch aus einem leitenden Artikel der „Germania“ hervor, in welchem die National-liberalen geäußert werden, weil sie angeblich aus lauter Dienstfertigkeit gegen den Reichskanzler ihre monopolfeindliche Vergangenheit verleugnen wollten. In diesem Artikel wird wörtlich gesagt: „Der von der „Norddeutschen“ als beachtenswerth bezeichnete Versuch, die Opposition gegen das Monopol auf nichts als auf „Reichsfeindschaft“ zurückzuführen, braucht nur festgenagelt und der öffentlichen Verurteilung überantwortet zu werden. Das Branntweinmonopol ist noch schlimmer, als das Tabakmonopol, und gegen letzteres haben alle Parteien, theils geschlossen, theils in großen Ziffern, gestimmt, sogar Deutsch- und Freikonserervative und erst recht die National-liberalen. Für das Monopol stimmten nur ein Duzend Abgeordnete. Wurde jene immense Mehrheit des Reichstags aus allen Parteien auch nur von Reichshaf bestimmt?“ — Die sozialdemokratische Fraktion will nach den Weihnachtsferien noch zwei Initiativ-Anträge im deutschen Reichstage einbringen; einen in Bezug auf die Wahlen, in dem verlangt wird, daß der Wahltag ein Sonntag oder Feiertag sein muß und daß die Stimmzettel in gleichmäßigen, abge-